

## Kleine Anfrage 107

des Abgeordneten Péter Vida  
fraktionslos

### Kreisumlage

Die Kreisumlage ist das bedeutendste autonome Finanzierungsmittel der Landkreise, das ihnen einen gewissen finanzpolitischen Spielraum ermöglicht. Sie beinhaltet gleichzeitig ein flexibles Element der Einnahmeverteilung zwischen Kreis und kreisangehörigen Gemeinden. Mit der Kreisumlage soll eine Ausgleichfunktion im Verhältnis der umlagepflichtigen Gemeinden untereinander zum Ausdruck kommen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es das Ziel der Kreisumlageerhebung, die Finanzkraftunterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden abzumildern.

In Brandenburg erhalten die Landkreise ebenfalls Schlüsselzuweisungen als Direktzahlungen vom Land. Diese Regelung gibt es nicht in allen Bundesländern. In vielen Bundesländern sind die Höchstsätze der Kreisumlagen normiert und bedürfen der aufsichtsrechtlichen Genehmigung. Die Genehmigung soll nach den Grundsätzen einer geordneten und sparsamen Haushaltswirtschaft erteilt oder versagt werden.

Aus der Lausitzer Rundschau vom 10.09.2014 war zu entnehmen, dass für den Landkreis Dahme-Spreewald aus dem Ministerium eine notwendige Kreisumlage von 44 % errechnet wurde. Der Landkreis selbst hat einen notwendigen Umlagesatz von 39 % errechnet und festgesetzt. Für die Landkreise Spree-Neiße und Ostprignitz-Ruppin gibt es Berichte in der Presse, dass die Einwendungen der Gemeinden kaum oder keine Berücksichtigung finden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch sind die Umlagesätze in den einzelnen Landkreisen und wie haben diese sich in den letzten 20 Jahren entwickelt?
2. Wie hoch sind die nominalen Umlagen (in Euro) pro Prozentpunkt in den einzelnen Landkreisen? (Bitte für die letzten 10 Jahre für alle Landkreise zusammenstellen.)
3. Die vom Landesamt für Statistik jährlich veröffentlichten Personalzahlen weisen hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten je tausend Einwohner in den einzelnen Landkreisen erhebliche Unterschiede auf. Gibt es Zusammenhänge zwischen der Anzahl der Beschäftigten je tausend Einwohner und der Höhe der Kreisumlage? Bitte für die letzten 10 Jahre zusammenstellen.

4. Aus der Presse war wiederholt zu entnehmen, dass Kreisumlagesätze bis über 48 % durch die Aufsichtsbehörden gefordert werden, wenn die Haushalte der Landkreise nicht ausgeglichen werden können. Ist der Landesregierung bekannt, ob/dass Kreistagsabgeordnete tatsächlich in dieser Form zu Haushaltsbeschlüssen gedrängt werden, damit die Haushaltssatzungen genehmigt werden?
5. Inwieweit prüft die Aufsichtsbehörde die Leistungsfähigkeit der Landkreise auf Einsparpotenziale, bevor die Forderungen zur Anhebung der Kreisumlage umgesetzt werden?
6. In strukturschwachen Gemeinden reichen oftmals die Schlüsselzuweisungen nicht aus, um die Summe der geforderten Kreisumlage zu bedienen. Gewerbesteuern sind dann auch regelmäßig unbedeutend klein. Wie wird sichergestellt, dass trotz der hohen Kreisumlagen - wie in den vorgenannten Fällen - die pflichtigen Aufgaben der Gemeinden, z. B. Unterhaltung der Gehwege und Straßen (insbesondere an Landes- und Kreisstraßen) oder Kindereinrichtungen usw. erfüllt werden können?